



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung, Wirtschaft, Energie und Umwelt

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.02.2025
Sitzungsbeginn:	19:02 Uhr
Sitzungsende:	22:15 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ausschussvorsitz

Rene Just

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Fritz Hille

Torsten Kniesigk

nicht anwesend
Vertretung für:
Torsten Kniesigk

Reinhard Schulz

Carsten Preuß

Sven Reimer

Matthias Wilke

Sachkundige Einwohner

Dieter Jungbluth

Matthias Kohs

entschuldigt

Jens Pohl

Alfred Wolfermann

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Verwaltung

Michael Roch

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2024, 15.10.2024, 06.11.2024 und 21.11.2024
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 9 Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) 014/25
- 9.2 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für das Flurstück 504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) 015/25
- 9.3 Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan "Wohnsiedlung Machnower Chaussee" in der Stadt Zossen 016/25
- 9.4 Offenlagebeschluss über die 1. Änderung der Klarstellungssatzung und Neuaufstellung einer Ergänzungssatzung in Kallinchen 017/25
- 9.5 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24 der Fraktion AfD vom 13.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.12.2024 auf Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedensstraße 131/24/01
- 9.6 Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 31.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2025 zur Steuerung von Sozialem Wohnungsbau in Zossen 004/25/01
- 10 Information der Verwaltung zum Stand: Architektenwettbewerb zum Bahnhofsumfeld Wünsdorf
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

-
- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Just um 19:02 Uhr eröffnet.
-
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**
Es nehmen folgende Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil:
Herr Reimer
-
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Herr Just stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 4 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.
-
- 4 Feststellung der Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.
-
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2024, 15.10.2024, 06.11.2024 und 21.11.2024**
Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannten Niederschriften vor. Diese gelten damit als angenommen.
-
- 6 Bericht aus der Verwaltung**
Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigefügt. Er umfasst folgende Punkte:
- I. Hochbau
 - 1. Wünsdorf, Begegnungsstätte Burgberg
 - 2. Wünsdorf, temporärer Container Hort
 - 3. Dabendorf, Kita Schatzkiste
 - 4. Zossen, Kita Bummi
 - 5. Zossen, Grundschule
 - 6. Wünsdorf, Neubau Hort
 - II. Tiefbau
 - 1. Horstfelde, Waldparkplatz
 - 2. Vorgehensweise Leuchtenmängel
 - 3. Solarleuchte
 - III. Grünflächen
 - 1. Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen 2024
 - 2. Lindenbrück Bücherzelle
 - 3. Wünsdorf, Untersuchung auf Kampfmittel / Parkanlage am Bürgerhaus

IV. Bauleitplanung

Herr Schulz nimmt ab 19:12 Uhr online an der Sitzung teil.

Herr Preuß nimmt ab 19:13 Uhr an der Sitzung teil.

7 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürger vor Ort anwesend.

Online Frage, Herr Möllers:

HINWEIS. Der Ton ist gestört. Die Sprache wird teilweise nicht zu hören.

Herr Just:

Das ist ein Hinweis für die Technik.

Online Frage: Frau Schmidt:

Hallo. Meine Frage wäre, wann beginnen die Bauarbeiten am Spielplatz im Stadtpark?

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben uns dort im Haushalt nur zu Wartungsarbeiten und der Abnahme verständigt. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in den Haushaltsberatungen dagegen entschieden. Den Spielplatz werden wir warten und freigeben. Es wird keine Investition geben.

Online Frage, Herr Möllers

Gibt es eine Möglichkeit eine Karte einzusehen, oder zum Download, wo man erkennt wo die Nordumfahrung genau langführt?

Frau Şahin-Connolly:

Der B-Plan ist in der Bearbeitungsphase. Die letzte Vorstellung müsste online noch zu sehen sein.

8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Hille:

Ist es in der Stadtplanung vorgesehen, die Kreuzung Klausdorfer Straße und Mellenseestraße auszubessern?

Frau Şahin-Connolly:

Wir hatten gestern ein Ortsvorstehertreffen. Wir müssen das dem eigentlichen Verantwortlichen in Rechnung stellen. Es liegt nicht in unseren Zuständigkeitsbereich. Es wird eine Ersatzmaßnahme vorgenommen.

Herr Jungbluth:

Im Bericht aus der Verwaltung vom 17.09. sagten Sie, dass die Ausschreibung des Neubaus des Hortes bis Ende 2024 erledigt ist. Nun sagten Sie, dass die Ausschreibung vorbereitet wird. Woran liegt das?

Im Bericht aus der Verwaltung vom 15.10. sagten Sie, dass das elektronische Stellwerk bald in Betrieb geht. Ist da was bekannt?

In Neuhoof habe man große Probleme damit, dass es heißt, die Bergstraße soll neu errichtet werden. Er bittet um Stellungnahme. Im Ortsbeirat sagte man nur, dass es sinngemäß viele Gerüchte gibt.

Frau Şahin-Connolly:

In der SVV haben wir uns verständigt, bis wann wir die Themen des Hortes verfolgen wollen. Die Niederschrift ist separat zu dem Bericht zusehen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat einen anderen Beschluss herbeigefügt. Die

Stadtverordneten wollten, dass wir alles neu planen und diese Planung machen. Dazu wird es einen neuen Beschluss geben. Wir bereiten es vor und gehen dann wieder in die SVV.

Die Inbetriebnahme des Stellwerkes konnte verhindert werden. Es sollte eigentlich eine Sonder-SVV geben. Ein neuer Termin wird noch bekannt gegeben. Das Stellwerk geht frühestens in Betrieb, wenn wir eine Lösung für die Thomas-Müntzer-Straße haben.

Sie kann nichts Aktuelles zur Bergstraße sagen. Es wurden keine Gerüchte an Sie herangetragen. Sie kann dazu nichts berichten. Es gibt nichts im Haushalt dazu. Man arbeitet an Lösungen und Ideen, aber es gibt nichts Konkretes.

Herr Juricke:

Warum wurde die Öffentlichkeit nicht bei den 26 ha Photovoltaikanlagen beteiligt? Wann haben Sie davon Kenntnis erhalten? Die Maßnahme ist schon ziemlich weit fortgeschritten. Es ist nicht konstruktiv, wenn die Öffentlichkeit nicht beteiligt wird.

Frau Şahin-Connolly:

Sie habe gestern beim Ortsvorstehertreffen davon erfahren. Sie weiß nichts Konkretes. Es ist ein Treffen mit den Eigentümern im DGH geplant. Auch in Glienick lief es ähnlich ab. Sie möchte versuchen, bei den Terminen anwesend zu sehen. Die Öffentlichkeit muss beteiligt werden. Sie ist kein Fan davon, wenn man an der Verwaltung vorbei arbeitet. Es gab einen Beschluss zum Zulassen der Photovoltaikanlagen und wir haben Flächen ausgewiesen. Das die Investoren das ignorieren, ist auch nicht in Ordnung.

Herr Juricke:

Es sind 26 ha und 19 ha Glienick. Es ist ein großes Stück.

Am Waldparkplatz Horstfelde wurden vor 3 Wochen Bäume gefällt. Es sieht unmöglich aus. Wann geht es weiter?

Frau Şahin-Connolly:

So wie es die Witterungsverhältnisse zu lassen.

Frau Schreiber:

Es erschließt sich ihr nicht, warum man auf den Termin mit der Bahn auf ein Gespräch warten muss. Warum bekommen Sie keinen Termin mit der Bahn hin? In der SVV im November habe Sie die Sondersitzung bereits beantragt. Im November sagten Sie zu, dass Sie sich um den Termin kümmern werden. Es sind 3 Monate um und es gibt noch keinen Termin für die Sitzung. Sie hat kein Verständnis dafür. Die nächsten Offenlagen stehen an. Die Zeit drängt. Sie wird fristgerecht zur SVV einen Antrag stellen. Es wäre möglich gewesen, diesen Termin auch noch vorher zu machen. Es ist für alle wichtig, wie es mit den Bahnquerungen weiter geht, bevor wieder eine Brücke im EBA eingereicht wird, die nicht in der SVV besprochen wurde.

Frau Şahin-Connolly:

Was geht oder nicht geht, entscheidet die DB. Sie kann nichts dafür, dass Herr Ludwig abgesagt hatte. Herr Dr. Lück soll auch dabei sein. Wir beschäftigen uns morgen damit. Es brennt grade nichts an. Wir tauschen uns regelmäßig mit der DB aus. Wir werden eine Sonder-SVV einladen und Ihnen den Termin in kurze mitteilen.

Frau Schreiber:

Freitag läuft die Frist ab für Anträge, die auf die Tagesordnung der SVV sollen. Sie wird gezwungen sein, wenn sie bis morgen keinen Termin für eine Sondersitzung kommt einen Antrag zu stellen und dann müssen Sie diesen Punkt mit auf die Tagesordnung der SVV nehmen.

Sie beantragt für die Fraktion Plan B den folgenden Tagesordnungspunkt zur nächsten regulären SVV mit aufzunehmen:

- Bahnquerung Dabendorf innerorts
 - Nordumfahrung
 - Bahnquerung Wünsdorf
 - Bahnquerung Thomas-Müntzer-Straße aktueller Stand
- Wenn Sie dies nicht auf der regulären SVV haben wollen, dann müssen Sie uns einen Termin nennen. Sie schickt heute Abend noch die E-Mail raus.

Frau Şahin-Connolly:

Stellen Sie den Antrag. Wir können Ihnen einen Bericht geben, aber Sie haben dann keinen Ansprechpartner der Deutschen Bahn und Herrn Lück vor Ort. Das haben wir dann nur in einer Sonder-SVV in der wir uns austauschen können. Ihre Intension ist es doch, die DB an einem Tisch zu haben um darüber zu diskutieren und sich damit in der SVV zu beschäftigen und nicht nur eine Präsentation der Bürgermeisterin zu bekommen.

Herr Ludwig weiß über den Termin Bescheid. Im Einvernehmen mit Vorsitzenden werden wir dann die SVV einladen.

Frau Schreiber:

Es ist für alle Stadtverordneten wichtig. Im RO haben Sie zum Antrag der Brücke Friedenstraße Bahnquerung zugesagt, dass es kein Problem ist uns die alten Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sie habe erwartet, dass es eine E-Mail mit den Unterlagen gibt. Wann erhalten wir die Unterlagen?

Frau Şahin-Connolly:

Der Antrag wurde zurückgezogen und es gibt einen Antrag der Verwaltung. Dieser ist auf dem Hauptausschuss. Dieser beinhaltet nicht die alten Unterlagen. Wenn Sie alten Unterlagen haben wollen, dann bekommen Sie diese dementsprechend bis zur SVV als Tischvorlage oder digital zur Verfügung stellen.

Frau Schreiber:

Es wurde klar gesagt, dass Herr Leisten nur unter 2 Bedingungen den Antrag zurückzieht. Wenn alle Stadtverordneten unkompliziert die Unterlagen erhalten und es eine BV von der Verwaltung gib, die die Punkte mit umfasst.

Zu Protokoll: Die AfD und Plan B fordern die Übergabe der alten Unterlagen. In dem neuen Antrag steht nichts mehr von Unterlagen.

Sie habe nicht den Vorwurf gemacht, dass Sie zu wenig über die Kita Schatzkiste informieren. Sie habe ihr vorgeworfen, dass Sie gar nicht informieren. Die Kita ist bereits seit 4 Wochen gesperrt, da es feuchte Wände gibt. Diese Kita haben Sie vor 2 Jahren mit Fördermitteln saniert. Wie kann es sein, dass Feuchtigkeit und Schimmel vorherrschen?

Frau Şahin-Connolly:

Die Kita ist schon 2021 an den Start gegangen. Wir haben dort keinen sichtbaren Schimmel. Der Schimmel kommt durch die feuchten Wände vom Außenwerk. Wir sind dabei, dies zu beseitigen. Aufgefallen ist es, dass die Erzieherinnen meinten, dass sie da eher Probleme mit Atemwegen haben als woanders. Wir haben Messungen gemacht, waren aber im Toleranzbereich. Die Außenwände waren nicht der Bestandteil der Sanierung und sind so geblieben. Wir haben die Vermutung gehabt, dass die Feuchtigkeit durch die Außenwände kommt und das hat sich bestätigt. Wenn alle Messungen grünes Licht geben, können wir in den Betrieb geben. Es gab keine Gesundheitseinschränkungen für Erzieher und Kinder.

Herr Wilke:

Es wurden Leute vermehrt von Energieunternehmen, die Solarflächen planen angeschrieben.

Wer gibt die Listen mit den Adressen aus?

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung gibt keine Adressen raus. Das Grundbuchamt kann Adressen bei berechtigtem Interesse rausgeben. Viele klingeln auch an den Haustüren.

Herr Wilke:

Zur Infoveranstaltung MEAB, wir haben diese Infos schon ein Jahr zeitiger bekommen mit der Idee, die Abwärme zu nutzen. Die Stadt Zossen habe darauf hingearbeitet, dass man die Abwärme nutzt. Könnte man die Fernwärme nutzen? Könnte man eine Stadtwerke GmbH gründen? Wird es für die Ortsteile mehr Geld geben?

Frau Şahin-Connolly:

Wir binden die MEAB in die kommunale Wärmeplanung mit ein. Ein Fernwärmenetz für die 2-3 Ortsteile ist nicht denkbar, da es zu wenig Abnehmer gibt. Ein Schwimmbad oder eine Saunalandschaft wäre da besser. Es soll ein dauerhafter Abnehmer auch im Sommer sein. Auch Wärmespeicher in Containern wäre denkbar. Wir brauchen einen kontinuierlichen Wärmeabnehmer. Die Investitionskosten sind so enorm, da werden wir keinen Anschluss bekommen. Die MEAB ist nicht berechtigt, die Wärme zu verkaufen.

Für Schöneiche springt erst mal nichts bei raus. Die Emissionswerte gehen nach unten, Arbeitsplätze kommen dazu und die Fläche wird nicht weiter benötigt. Es entsteht eine neue Anlage, die sauberer und effizienter ist.

Strukturfondmittel sind für eine Mittelverwendung und zum nachhaltigen Nutzen der Infrastruktur.

Herr Wilke:

Wie ist der Stand Rundweg Motzner See?

Frau Şahin-Connolly:

Sie habe dieses Jahr noch nichts gehört. Es gab noch keine weitere Arbeitsbesprechung.

Herr Leisten:

Heute hatten wir eine Besprechung mit dem Arbeitsteam. Es ist einiges passiert in den letzten Wochen. Der Spreewaldverein, der Brücken baut hat uns klargemacht, dass es problematischer mit den Fördergeldern ist. Mittenwalde sollte den Förderantrag stellen und Zossen macht die Bauplanung. Es wird teuer als wir uns das vorstellten. 57.000 Euro wird es umfassen. Mittenwalde gab grünes Licht. Wir warten nun auf den Beschluss von Mittenwalde, dass diese dies mit in den Haushalt nehmen und dann einen Architekten suchen. Die Kosten übernimmt Mittenwalde.

Frau Şahin-Connolly:

Wir müssen die Planung der Brücke fertig haben, damit Mittenwalde einen Förderantrag stellen kann.

Herr Leisten:

Wenn Mittenwalde das macht und die Bauplanung ist fertig, wird der Antrag gestellt und dann gibt es 80% Fördermittel. Wenn es bis dahin noch welche gibt. Wir treffen uns regelmäßig und klären bestimmte Dinge ab.

Herr Wilke:

Der Nottekanal soll entwidmet werden. Könnte man mit Königs Wusterhausen, Mellensee und Mittenwalde ein Statement abgeben?

Frau Şahin-Connolly:

Das ist bereits passiert. Wir haben ein Statement abgegeben, das wir dagegen sind und haben schon das 2. Schreiben vorbereitet.

Herr Kommer:

Das Landesamt für Umwelt wurde vom MIL und Umweltwirtschaftsministerium beauftragt zu prüfen, ob 6 Gewässer in Brandenburg entwidmet werden können. Unter anderem der Nottekanal und der Galluner Kanal. Wenn dies entwidmet wird, werden keine Unterhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt. Es können höchstens noch kleine Boote mit E-Motor da lang fahren und das auch nur bis es verkrautet ist. Dann fallen auch die E-Boote weg. Wir haben eine Aktionsgruppe gebildet. Auch der Städte- und Gemeindebund setzt sich für uns ein. Im März gibt es ein Arbeitstreffen und dann kämpfen wir alle zusammen. Das Problem ist die geringe Frequentierung mit der das Land rechnet. Die liegt aber auch an der kaputten Schleuse in Königs Wusterhausen. Die Schleuse in Mittenwalde ist auch sanierungsbedürftig.

9 Beratung von Beschlussvorlagen

9.1 **Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) 014/25**

Herr Jungbluth:

Das ist der Kiefernring und nicht der Ahornring.

Herr Wilke:

Da ist schon Bebauung. Aus einem 6 Familienhaus wird nun ein 9 Familienhaus. An der Goetheschule waren wir unterschiedlicher Auffassung gewesen. Wir sollten uns richtungsweisend festlegen.

Frau Şahin-Connolly:

Der Investor hat ein Recht auf Erfüllung in der Sache. Wenn wir die Ausnahme nicht genehmigen, haben wir mehr Wohneinheiten und das Maximum an Parkplätzen. Die Wohneinheit wurde nicht an den alten B-Plänen festgelegt.

Frau Scheiber:

Wie kommen Sie darauf, wenn wir nicht zustimmen, dass er trotzdem Wohneinheiten ohne Stellplätze baut? Die Stellplatzsatzung ist einzuhalten. Er bekommt keine Baugenehmigung oder müsste eine hohe Strafe zahlen, aber auch das nur mit Zustimmung der SVV.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben das Thema, das kleinere WE zu bauen sind und mehr Stellplätze zu bauen sind. Dann überschreitet er die GRZ. Die Stellplatzfläche ist an ein Mehrfamilienhaus und Einfamilienhaus gekoppelt. Es ist nicht so, dass man für 2 Wohnungen 2 Stellplätze benötigt. Es sind im B-Plan nicht die Wohneinheiten festgelegt.

Herr Wilke:

Er möchte Entscheidungen treffen können, wie es in den nächsten 5 bis 10 Jahren mit Kitaplätzen und Schulen aussieht. Sollten wir vielleicht weniger Mehrfamilienhäuser bauen. Auf den Dörfern wäre es schön, wenn da Einfamilienhäuser entstehen. Die Stellplatzsatzung sollten wir für eine Wohneinheit auf 2 erhöhen.

Frau Şahin-Connolly:

Die Stellplatzsatzung muss überarbeitet werden. Der Ausgleichsbetrag ist nicht das, was an Folgekosten notwendig sein wird, um das auszugleichen.

Entweder stimmen wir zu und haben mehr Stellplätze oder er macht das maximale an Wohneinheiten ohne mehr Stellplätze. Es ist nicht abschätzbar, wie weit er seinen Plan noch mal ändert.

Es sind über 11.000 Menschen, die wir zusätzlich als Einwohner begrüßen dürfen, wenn die vollen Kapazitäten ausgenutzt werden. Die Unterlagen können wir nicht zu

jeder BV ausgeben.

Wir haben festgelegt, wo wir Ausbau und Lückenbau zulassen.

Herr Reimer:

Wir haben eine Stellplatzsatzung die vorsieht je Wohnung bis 100m² ist ein Stellplatz zu errichten. Die Situation in Zossen war eine andere. Er kann dem zustimmen, aber mit der Bitte an die Verwaltung, dass sich die Satzung vorgenommen wird.

Herr Kaehlert:

Dieser BV kann er zustimmen, aber in Bezug auf die nächsten Vorhaben sollte die GRZ eingehalten und keine Ausnahmen mehr gemacht werden.

Herr Jungbluth:

In Wündorf sind kleinere Wohnungen nicht so vorrätig. Immer mehr kommen mit Autos. Wir müssen das klären, sonst werden die Straßen weiter vollgestopft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der Festsetzung der GRZ von 0,25 GRZ I und 0,30 GRZ II des Bebauungsplanes 02/10 "Ahorning" im GT Waldstadt der Stadt Zossen die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	2	2

Der Beschluss wird nicht empfohlen.

9.2 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für das Flurstück 504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) 015/25

Herr Jungbluth:

Es handelt sich hierbei um den Eichenhain 1.

Herr Pohl:

Er wundert sich über die Ausnahmegenehmigungen. Es gibt eine Grundflächen, Geschossflächenzahl und Baugrenze. Wie kann man da nicht nur 20 cm, sondern 1,5 m drüber gehen. Die anderen Grundstücke haben die Baugrenze eingehalten. Ein Wintergarten ist doch eine Luxussache. Da kann man sich doch nicht um 50m² überplanen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:
die Befreiung von der Festsetzung der Baugrenze, der Firstrichtung und der Dachneigung des Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für das Flurstück 504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	1

**Offenlagebeschluss für den Bebauungsplan
9.3 "Wohnsiedlung Machnower Chaussee" in der Stadt Zossen 016/25**

Herr Wilke:

Die Sackgassenstraße ist weiterhin Bestandteil. Die Straßenführung bringt ihn zum Ablehnen.

Frau Scheiber:

Der Investor habe etwas geändert aber nicht das, was er sollte. Die Geschossigkeit wurde auf 3 erhöht. Warum sind es nicht mehr 2 sondern 3 Geschosse? Das Wohngebiet hat 1 und 1,5 Geschosse und dahinter auch nur 1,5. Die Beschreibung und GRZ von 0,4 ist nicht nachvollziehbar und nicht ortsüblich.

Frau Şahin-Connolly:

Erklärung gibt es nicht. Der Investor wollte es so einreichen. Die Verwaltung hat die Hinweise weiter gegeben. Es ist ihre Diskussion und das nehmen wir in die nächste Runde.

Frau Schreiber:

Weiß der Investor, dass es heute auf der Tagesordnung ist?

Frau Şahin-Connolly:

Sie weiß nicht, warum er nicht da ist.

Herr Reimer:

Er möchte darüber gerne im OB sprechen.

Frau Şahin-Connolly zieht den Beschluss zurück.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. den Entwurf des Bebauungsplanes „Wohnsiedlung Machnower Chaussee“ bestehend aus Planzeichnung, Begründung sowie Anlagen in vorliegender Form

und
2. die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) mit der Auslage im Rathaus und der Veröffentlichung im Internet. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB.

**Offenlagebeschluss über die 1. Änderung der
9.4 Klarstellungssatzung und Neuaufstellung einer Ergänzungssatzung in Kallinchen 017/25**

Frau Albani:

Es sollten zusätzliche Bauflächen in den Ortsteilen geschaffen werden.

Die Fläche umfasst einige Grundstücke. Die Erschließung muss gesichert werden. Das prüfen wir nicht im Rahmen des Entwurfs, sondern erst mit den Behörden, die zuständig sind. Es ist ein Entwurf, der an die Öffentlichkeit und Behörden geht.

Noch größere Flächen hätte man nicht aufnehmen können, das geht im Rahmen

der Satzung nicht. Dann benötigen wir einen Bebauungsplan. Flächen für Wochenendhäuser können auch nicht mit aufgenommen werden.

Herr Wilke:

Im Bericht aus der Verwaltung stand, dass alle Ortsteile angefragt wurden und es Stellungnahmen gibt. Muss für jeden Ortsteil eine solche Satzung beschlossen werden?

Frau Şahin-Connolly:

Wir gucken, was kommt und dann entscheiden wir, ob wir es über einen FNP machen und dann suggestiv gucken, wo es notwendig ist. Wir müssen die Wünsche des Ortsbeirates berücksichtigen.

Herr Wilke:

Wäre es nicht sinnvoller, eine Ergänzung und Klarstellung für die gesamte Stadt zu machen und nicht für jeden Ortsteil? Sind die Grundstücke in Privat- oder Stadteigentum?

Frau Şahin-Connolly:

Kallinchen war der Vorreiter und ist davon losgelöst. Wir haben mit Kallinchen angefangen und sind da schon einen Schritt weiter. Durch Kallinchen ist das alles ins Rollen gekommen.

Herr Just:

Muss vorher im FNP die betroffene Fläche schon als Wohnfläche deklariert sein?

Frau Albani:

Nicht unbedingt. Es ist eine Auslegungssache. Der Landkreis sieht aktuell einiges anders als vor einigen Jahren. Bei einzelnen Grundstücken ist es eine „kann“ Frage und bei größeren muss der FNP angepasst werden. Bis wann reicht eine Ergänzungssatzung und ab wann benötigt man einen FNP?

Herr Jungbluth:

Wie kam die Satzung zustande? Was wollte der Ortsbeirat? Wer hat die Vorschläge eingebracht?

Herr Just:

Jeder Ortsbeirat sollte das anmelden. Einige Flächen konnten aufgenommen werden.

Frau Şahin-Connolly:

Das Thema hat in Kallinchen begonnen mit der Bushaltestelle, wo keine 50km/h, sondern 70km/h sind. Es sollte eine Lösung mit dem Landkreis gefunden werden, dass dort 50km/h hinkönnen.

Damit fing das Desaster an, da es im Außenbereich von Kallinchen ist.

Dann haben wir uns hinsichtlich der Bebauung Gedanken gemacht, ob Kallinchen noch so aussieht, wie wir es in unseren Plänen berücksichtigt haben oder was schon im Außen- und Innenbereich beschlossen wurde. Wo fängt Kallinchen an und wo endet es? Es wurden die Belange von den Einwohnern mit berücksichtigt. In der SVV haben wir uns dazu verständigt, eine Klarstellungssatzung zu machen. Die ersten Vorschläge vom Ortsbeirat wurden mit dem Landkreis abgestimmt. Der Landkreis reduzierte dies drastisch. Die Klarstellung wurde durch die SVV aufgestellt. Dann wurde dies an den Landkreis gegeben und in Gänze festgestellt, dass wir mit den Herausforderungen eine Ergänzungssatzung machen sollten. Daraufhin gab es die Angebotsphase und das ist das Werk, das daraus entstanden ist. Das Problem haben wir im gesamten Stadtgebiet. Die Ortsbeiräte müssen uns solche zusätzlichen Themen mitteilen. Wir warten auf die Rückmeldungen der Ortsbeiräte und dann sehen wir wie in Gänze damit umgehen. Es gibt sicherlich Ortsteile, die das nicht

anfassen und welche, für die es relevant ist.

Herr Reimer:

Das Thema ist in Kallinchen nicht neu. Auch in Nächst Neuendorf ist so mit der Bushaltestelle umgegangen worden. Eine Innenbereichssatzung hat auch Nachteile. Vielleicht sollte dazu auch mal eine Sitzung gemacht werden, welche Vor- und Nachteile es gibt.

Frau Schreiber:

Wer hat das angeregt? Die privaten Eigentümer? Wie hat der Ortsbeirat Kallinchen abgestimmt?

Herr Schulz:

Es ist komplett vom Ortsbeirat gewollt. Es gab Diskussionen über die Fläche, die nicht mit reingenommen wurde, da diese einem Ortsbeiratsmitglied zu groß war. Es gab 2x ja und eine Enthaltung.

Herr Kaehlert:

Der OB Wünsdorf sagte, dass Flächen durch die Stadt vorgeschlagen wurden und auch Leute mit vor Ort waren die Grundstücke mit 4.000m² hatten. Die haben auch Brach- oder Feldflächen, die im Zuge der Bereinigung mit aufgenommen werden. Auf welche Intensionen waren diese Personen zugegen, dass diese Grundstücke mit aufgenommen wurden? Es sollen Feldflächen im Rahmen der Ergänzungssatzung zu Baugebieten werden.

Frau Şahin-Connolly:

Das wird man nie ganz vermeiden können.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

den anliegenden Entwurf über die 1. Änderung der Klarstellungssatzung und Neuauflistung einer Ergänzungssatzung im OT Kallinchen zu billigen und für die Ergänzungssatzung die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3(2) und 4(2) Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	1

9.5 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24 der Fraktion AfD vom 13.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.12.2024 auf Bau einer Brücke über 131/24/01 die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedensstraße

Herr Wilke stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Pause.

Es findet eine Pause von 20:52 Uhr bis 21:01 Uhr statt.

Herr Hille:

Er bezieht sich darauf, dass etwas passieren kann an der Kreuzung und dann sind wir abgeschnitten.

2020 habe die Kanzlei Dombert ein Gutachten erstellt, woraus nicht zu entnehmen ist, dass wenn die Bahn die Schranke dicht macht, unser gesamtes Ortsgebiet abgeschlossen ist. Es ist eine riesige Sackgasse. Im Gutachten wurde geschrieben, dass das Verkehrsaufkommen, welches über den Bahnübergang ging von der L64 aufgenommen wird.

Des Weiteren habe er einen Vorschlag zur Brücke:

Da, wo die Brücke ursprünglich gebaut werden sollte, muss beibehalten werden. Von da aus kann man grade zu die Luftlinie Richtung Mellensee fahren und endet in Mellensee im Wünsdorfer Weg. Wenn man diese Verbindung herstellen würde, hätten wir eine wunderbare Umgehungsstraße. Der Verkehr geht nicht durch Wünsdorf und die Schule wäre entlastet. Es wäre ein ruhiger Verkehr. Wenn man davon ausgeht, dass die Brücke in der Thomas-Müntzer-Straße Millionen kosten könnte. Wenn man sich mit der Bahn zusammen setzt und dann eine Zuwegung nach Mellensee hätte, die die Bundesbahn 30 Mio. Euro einspart und die Bahn AG nicht aus der Verantwortung herausnimmt. Als 2010 die Ausbaustrecke losging, haben wir so oft zusammen gesessen. Es hieß, die Schranke wird dicht gemacht und es kommt eine Brücke.

Frau Şahin-Connolly:

Schön, dass Sie das Gutachten gelesen haben. Da können Sie auch entnehmen, warum die Bahn sich nicht an der Brücke beteiligen wird. Es gibt Gesetze, an die sich auch die Behörden zuhalten haben. Das Thema Finanzierung ist gescheitert. Auf den Bahnübergang am Bahnhof Zossen haben wir bestanden. Wir wollten etwas weiter eine Brücke und da sollte sich die Bahn beteiligen und auch das hat sie nicht.

Das war im März 2019 bereits bekannt. Sie, Frau Schreiber, haben damals keinen Widerspruch eingelegt und der Beschluss war gültig. Das kam 2020 ans Licht. Deswegen wurde das Gutachten in Auftrag gegeben. Wir können es aktuell nicht retten und einen komplett neuen Versuch machen. Wir müssen uns an die Thomas-Müntzer-Straße halten. Wie weit unser Bewegungsspielraum ist, wissen wir nicht. Wir müssen die Bahn mit ins Boot holen und den Rechtsanspruch, wo auch die Thomas-Müntzer-Straße scheitert, prüfen.

Die Stadt hat eine eigene BV erarbeitet und diese ist zustimmungsfähig von allen Fraktionen. Ihren Vorschlag können wir gerne mit zu Protokoll nehmen und prüfen. Wir müssen uns aber an Gesetze halten und das ist nicht der Standort, wo eine Brücke stehen kann. Es ist nicht realisierbar. Deswegen müssen wir weitere Experten mit beteiligen.

Herr Hille:

Warum ist die Brücke da nicht realisierbar?

Herr Reimer:

Es geht nicht. Da kommt kein Signal von der Bahn. Es ist eine schlecht einsehbare Stelle für den Bahnverkehr. Die Brücke müssten wir als Stadt selbst zahlen. Unsere pflichtigen Aufgaben würden sonst nicht umgesetzt werden. In das erste Wohngebiet gehen wir mit dem kompletten Verkehr und kommen beim zweiten Wohngebiet durch privaten Wald raus. In Mellensee soll genau dort ein Wohngebiet hin und das scheitert auch daran, dass dort eine Kurve ist und die Straße nicht einsehbar ist. Das ist technisch nicht machbar. Es handelt sich um private Waldgrundstücke. Wir haben das bereits geprüft. Wir wollen die Querungen prüfen, aber möchten, dass die Querung von der Bahn bezahlt wird. Das soll die Bürgermeisterin machen. Wir wünschen uns eine Stadtumfahrung.

Frau Schreiber:

Schauen Sie in Ihre Unterlagen, wann die Entscheidung kam, dass die Brücke über die Bahn Höhe Friedenstraße nicht mit finanziert wird. Sie hätten die Rechtsmittel einlegen müssen.

Frau Şahin-Connolly:
Lesen Sie das Gutachten. Sie lügen.

Frau Schreiber:

Sie hatte das im Blick, wann das eingegangen ist. Die Rechtsbehelfsfrist war in ihrer Zeit zu Ende. Sie hätten das machen müssen.

Wie kommen Sie darauf, dass die Brücke dort nicht möglich sein soll? Das stimmt nicht. Die Bahn hatte alles komplett durchgeplant und alles eingereicht. Es ist an dieser Stelle technisch und rechtlich möglich. Das sieht man an den Unterlagen des EBA.

Der Vorteil ist, dass dort keine Anrampung benötigt wird.

Zu dem Beschluss der Verwaltung, der auf dem HA is, wann haben Sie das mit den Fraktionen abgesprochen? Wie sind Sie zu diesen Formulierungen gekommen?

Die Punkte entsprechen nicht dem Antrag der AfD. Mit welchen Fraktionen haben Sie gesprochen?

Frau Şahin-Connolly:

Lesen sie das Gutachten. Sie haben es verbockt, sodass wir keine Chance hatten Rechtsmittel einzulegen. Es liegt in ihrer Verantwortung. Sie habe in der SVV zugehört und die Reaktionen der Stadtverordneten zu ihrem Antrag entnommen. Sie habe immer wieder betont, dass wir diese Querung benötigen, aber es nicht alleine finanziert bekommen. Das sollte allen klar sein. Alle Fraktionen können dem Antrag zustimmen. Sie sagten selbst wenn es die SVV beschließt, passiert erst mal gar nichts und es muss alles geprüft werden.

Herr Jungbluth:

Wir haben alles durchgesprochen. Es war alles nicht möglich. Es wurden Zählungen durchgeführt. Die Bahn stimmte zu, da 1994 schon eine Brücke geplant wurde, um diese Entlastung zu realisieren. Die Bundesbahn sagte dann, dass diese nicht für den innerörtlichen Verkehr zuständig sind. Wir müssen selbst bauen oder Fördermittel beantragten. Nach Mellensee bauen ist ein Wunschtraum. Mit den Mitteln, die wir haben, ist es nicht möglich.

Herr Leisten

Wir sollten keine Möglichkeit in der Zukunft außer Acht lassen. Vielleicht kommt ja doch irgendwann die Finanzspritze. Ansonsten waren wir ab, was die Verwaltung uns anbietet. Er zieht den Antrag zurück.

Herr Hille:

Wenn wir den Antrag zurückziehen ist die Kreuzung dicht und man kann uns nicht retten.

Er möchte, dass abgestimmt wird.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:

1. Die Verwaltung beabsichtigt in Wünsdorf, nahe Friedensstraße in Anlehnung an die bereits vorhandene Planung eine Brücke über die Eisenbahn zu bauen. Insbesondere sind im Vorfeld Finanzierungsfragen zu erörtern.
2. Die bisher vorhandenen Unterlagen werden den Gremien zur Verfügung gestellt.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG zu erörtern, in welcher Form eine Unterstützung erfolgen kann und ggfs. in wieweit alternative Bahnquerungen für das betroffene Gebiet seitens der Bahn angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	4	0

9.6 Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 31.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2025 zur Steuerung von Sozialem Wohnungsbau in Zossen 004/25/01

Herr Just:

Die Mieten im freien Wohnungsbau sind stark gestiegen und es gibt erhebliche Fördermittel. 80% des Durchschnittsmieters in Brandenburg könnten dies in Anspruch nehmen. In Verbindung mit der ZWG haben wir den Antrag gestellt, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeiten soll.

Er kann das Datum 12. 3 gerne ändern. Ein neues Datum sollte bis zur SVV durch die Verwaltung vorgelegt werden.

Frau Şahin-Connolly:

Das Datum stimmen wir mit Herrn Krolik ab und benennen es im HA.

Grundsätzlich der Hinweis dazu, warum der Beschluss und das Thema Bauchschmerzen für Zossen macht: Es läuft doch grundsätzlich im Brandenburg etwas schief. Wie sollen 80% der Menschen in diese Kategorie rutschen. Die Klassifizierung der ILB ist alles andere als akzeptabel. Man sollte sich mit dem Thema beschäftigen, warum 80,6 % der Menschen mit ihrer Miete plötzlich anspruchsberechtigt sind. Da muss man doch dran arbeiten. Ihr fehlt jeglicher nachhaltiger Ansatz beim sozialen Wohnungsbau. Was bedeutet das für die Stadt Zossen?

Frau Schreiber:

Wieso ist das eine 01?

Herr Just:

Wir hatten einen weitergehenden Antrag gestellt und haben auf Hinweis der Verwaltung etwas zurückgenommen in unserem Geltungsbedürfnis. Es war ein Einsehen mit einer Prozentzahl, wie viele Mietwohnungen sozialer Wohnungsbau sein sollten. Es geht darum, dass das Thema angenommen wird.

Frau Şahin-Connolly:

Für gewisse Einkommensklassen kann man es machen. Es sind 3081 Wohnungen in Planung und bis 2030 realisiert. Da haben wir schon Investitionen in der Stadt. Da kommt eine große Welle auf uns zu, wenn wir das unkontrolliert aufmachen.

Herr Reimer:

Wir haben bereits einen Beschluss aus der letzten Wahlperiode. Der Beschluss liegt der ZWG vor und danach wird bereits gearbeitet. Wir müssen sehen, wie da Fördermittel fließen. Es sind unglaubliche Mietpreise hier. Wir müssen Angebot schaffen. Wir waren mal bei 3,50m² Kaltmiete und jetzt das Doppelte. Wir haben zu wenig Angebote. Sozialer Wohnungsbau ist sehr komplex. Es gibt Verträge aus den 70er Jahren und da wurden die Mietverträge bis heute nicht erhöht. Vielleicht könnte man die ZWG einladen. So pauschal können wir das jetzt nicht beschließen. Welche Möglichkeiten gibt es wirklich?

Frau Şahin-Connolly:

Wir können prüfen, in wie weit wir in unsere Bestandsimmobilien sozialen

Wohnungsbau machen können. Auch für die entsprechenden Kosten, die auf uns zukommen, was fördermitteltechnisch möglich ist. Wir können dazu ein Konzept vorlegen und das soll dann über die SVV mit erstellt werden.

Herr Just:

Die Stadt muss keinen Cent dafür bezahlen. Es geht nur darum, mit Investition, die eh anstehen, den Investor zu verpflichten, die Mieten zu übernehmen. Der Investor muss sich für eine gewisse Zeit deckeln, dann gibt es Zuschüsse und zinsverbilligte Kredite für die Investoren. Für die ZWG sollte die Menzelstraße saniert werden. Für sozialen Wohnungsbau würde es sich nun schon lohnen, die Stadt muss nur Flächen festlegen. Macht es die Stadt nicht ist es nicht möglich.

Herr Jungbluth:

Haben wir soziale Wohnungen in Zossen?

Frau Şahin-Connolly:

Einwohner mit Wohnberechtigungsschein oder Aufstockungen, ja. Aber wir sollten uns über die Folgen Gedanken machen, das Thema ist eine Peinlichkeit für Brandenburg, wenn 80% in den sozialen Wohnungsbau mit reinfallen. Woran liegt das, dass manche wirtschafts- und arbeitstechnisch nicht in Gang kommen?

Wenn man ein Einfamilienhaus finanzieren will, weiß man nicht, ob die Personen ihren Job noch in Zukunft haben werden. Bei sozialem Wohnungsbau bleibt die Miete stabil. Es ist eine Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Sozialer Wohnungsbau ist für Zossen nur bedingt geeignet. Die Folgekosten werden nicht berechnet. Ja, wir müssen uns kümmern und auf die eigenen Immobilien konzentrieren. Es sollten nicht unbedingt zu viele zusätzliche Wohnungen in Planung sein. Leerstand wird sich kein Investor leisten können.

Herr Wolfermann:

Die hohen Mieten sind zum Großteil in den Baukosten begründet. Es sind viele Gesetze dazu gekommen. Das schlägt sich auf die Mietpreise. Die Bauherren finanzieren das nicht aus eigener Tasche. Statt 100m² gibt's es nur noch 60-70m². Die Wohnungsbauförderung ist auch nicht mehr so üppig. Ende der 90er Jahre hat man eine Wohnung für 7.000 DM hergestellt und heute ist man bei 6.000 Euro für die gleiche Fläche.

Herr Reimer:

Die Wohnbaukosten liegen für 100m² knapp bei 400.000 Euro. Die Förderung beinhaltet nur günstige Kredite. Der Zinssatz war fast bei 0. Jetzt steigen die Zinsen wieder. Die Wohnbaukosten sind das Hauptproblem. Am Ende wird es einen Mietpreis pro Wohnungen geben. Da muss man sehen, was es noch an Fördermitteln gibt. Der soziale Wohnungsbau ist überall eingeschlafen. Die Baukosten sind zu hoch. Wir würden gerne, aber wir können nicht.

Herr Preuß:

Viele Worte und am Ende machen wir nichts. Der Antrag bezieht sich auf das INSEK. Die Mietraumförderung wollen wir in Anspruch nehmen als Darlehen und als Zuschuss. Es ist eine sinnvolle Geschichte für die, die sich keine Wohnung leisten können. Wir müssen gucken, was wir in unserer Verantwortung tun können.

Frau Schreiber:

Die Tabelle an der Wand mit den in den Raum gestellten über 3000 WE, die soll suggerieren, dass noch viel zusätzlich hinzukommt. Dann sieht man, dass viele B-Plan Gebiete schon lange existieren. Diese Tabelle ist kein Argument dafür, was für den sozialen Wohnungsbau zu tun.

Der überwiegende Teil existiert schon. Es ist kein Argument gegen den Antrag. Wenn Sie dies korrekt darstellen wollen, dann sortieren Sie, was schon da ist und was

tatsächlich noch dazu kommt an WE und Einwohner. Von den 11000 Einwohner sind schon 8000 da.

Bekommen wir dies per Mail geschickt?

Frau Şahin-Connolly:

Es ist ein System der Verwaltung. Die Fertigstellung ist ohne Gewähr anzusehen. Es sind Pläne der Fertigstellungen und geschätzten Einwohnerzahl. Das ist alles noch offen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die zügige Umsetzung von sozialem Wohnungsbau auf Basis des INSEK in Zossen nach folgenden Kriterien zu erarbeiten und bis zum 12.03.25 der SVV vorzulegen.
 - a) Sanierungsbedürftige Bestandsimmobilien sollen besonders berücksichtigt werden.
 - b) Die Immobilien der ZWG sollen bevorzugt enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	0	0

10

Information der Verwaltung zum Stand: Architektenwettbewerb zum Bahnhofsumfeld Wünsdorf

Herr Wilke verlässt die Sitzung um 21:56 Uhr.

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten eine PowerPoint Präsentation zum Thema Städtebaulicher Wettbewerb am Bahnhof Wünsdorf in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

Städtebaulicher Wettbewerb am Bahnhof Wünsdorf

Informationen der Verwaltung zum Stand

1. Auswahl des Betreuungsbüros
2. Vorschlag Preisgericht
3. Vorläufiger Zeitplan
4. Workshop

Frau Schreiber:

Warum steht da Vorschlag Preisgericht? Sie wollen da keine Entscheidung von uns.

Frau Şahin-Connolly:

Wir können noch über Vorschläge diskutieren.

Frau Schreiber:

Wenn wir heute die Tischvorlage erhalten und in der Unterlagen zum Wettbewerb stehen, das bestimmte Personen ins Preisgericht sollen, wo sollen wir da noch Vorschläge machen? Das ist unverschämt.

Frau Şahin-Connolly:

Es sind Informationen der Verwaltung zum Stand.

Das ist ein Vorschlag der Verwaltung. Wenn sie weitere Personen haben, können wir das gerne diskutieren. Es ist ein Vorschlag. Das Preisgeld wird auch nicht im Workshop ausgegeben. Mit dem Betreuungsbüro werden die Themen erörtert und eine Bürgerbeteiligung mit den Eigentümern geplant.

Frau Schreiber:

Wie kommen sie auf Leute aus Hamburg und Regensburg. Wann wurden wir denn mal gefragt? Wir wurden nie gefragt.

Herr Jungbluth:

Er möchte sich als Sachpreisrichter vorschlagen.

Wie läuft das Verfahren? Was sind das für Architektenbüros?

Frau Şahin-Connolly:

Anhand des Workshops wird dort konkret das Ziel und was wir zwingend für erforderlich halten, festgelegt. Diese Punkte werden berücksichtigt und dann eine Ausschreibung gemacht und dann können sich Architekten auf die Stelle bewerben und dann mit dem Preisgericht den Gewinner zu selektieren und zu küren. Vielleicht bekommen wir 100 oder nur 3 Angebote. Wir prüfen dann, wer den Zuschlag bekommt. Die entsprechenden Büros werden dann von uns bezahlt. Am Ende haben wir dann ein Modell, was wir in die Realität umsetzen.

Herr Just:

Wer entscheidet über den Vorschlag der Fach- und Sachpreisrichter?

Wer entscheidet darüber, dass das die Personen sind?

Frau Şahin-Connolly:

Es gibt einen Unterschied zwischen beiden. Fachpreisrichter sind beruflich qualifiziert und Sachpreisrichter nicht. Jeder hat eine Stimme.

Ganz zu Anfang gab es von der Architektenkammer einen Vortrag und diese entscheidet über die Fachpreisrichter und über die Stellvertreter.

Frau Schreiber:

Das Wettbewerbsverfahren der Stadt Zossen hat die SVV beschlossen. Die Stadtverordneten sollten entscheiden und nicht die Architektenkammer. Dieses Preisgericht soll darüber entscheiden, was in Wünsdorf gebaut wird und die SVV soll das schlucken und bauen. Da sind Leute, die nicht von hier kommen. Das kann nicht Sinn und Zweck des Wettbewerbsverfahrens sein.

Frau Şahin-Connolly:

Man hat Sachverständige die unabhängig sind und ohne Scheuklappen daran gehen. Sie haben in der SVV diese Entscheidung getroffen, dass wir diesen Weg so gehen. Wir haben uns zu dem Verfahren positioniert.

Frau Scheiber:

Es gab damals schon Fraktionen und Stadtverordnete, die kritische Fragen stellten. Und nun haben wir das so auf dem Tisch. Wer sind diese Personen? Was haben die an Erfahrungen? Was haben die für Projekte.

Herr Just:

Es ist sinnvoll, dass Architekten über so was entscheiden. Er hängt da nicht an dem Posten, das er stimmberechtigt ist. Vielleicht sollte eine Gruppe entscheiden. Die Fachleute sind schon in Ordnung. Er möchte nicht über die Architekten reden. Die Architektenkammer hat diese festgelegt.

Herr Kaehlert:

Was ist, wenn wir in eine vorläufige Haushaltssperre kommen.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verträge sind fertig und die Vergabe ist erfolgt. Wir ziehen das durch.

Herr Juricke:

Steht der TOP zur Kultur beim nächsten Mal weiter vorne auf der TO oder wieder so weit hinten. Wir schieben das nur.

11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Just schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:15 Uhr.

Rene Just
Vorsitz

Carolin Peidelstein
Protokoll